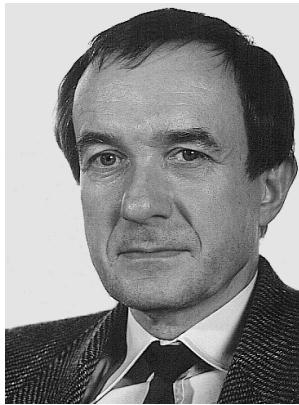


Die Regierungserklärung zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt weniger wegen ihres Inhalts als wegen des veränderten Rollenverständnisses des Bundeskanzlers eine Weichenstellung dar. Bislang hatte er sein Amt im Sinne eines Moderators verstanden, der widerstreitende Interessen der Gesellschaft moderiert und zum Ausgleich bringt. Gelang es ihm nicht, Zielkonflikte oder Interessengegensätze zu versöhnen, delegierte er die Entscheidung gern an Kommissionen oder Gesprächsrunden, denen er gleichsam die Rolle eines Vorparlamentes einräumte, dessen Beschlüsse von Regierung und Parlament nur noch umzusetzen waren – die Vorschläge der Hartz-Kommission dabei sogar eins zu eins. Bei der Einrichtung der Rürup-Kommission mußte er jedoch erkennen, daß die eigene Fraktion die faktische Entmachtung des Parlaments nicht mehr hinnehmen wollte, und das Scheitern des Bündnisses für Arbeit signalisierte ihm, daß man von den Interessengruppen nicht erwarten kann, ureigenste Aufgaben der Regierung zu übernehmen.

Dieses Verhalten war von der Schwierigkeit bestimmt, sich selbst und seinen Anhängern einzugestehen, daß die beiden erklärten Grundziele seiner Politik – Innovation und Gerechtigkeit – unter den gegenwärtigen Bedingungen häufig nicht auf dem Wege des „sowohl als auch“, sondern des „entweder oder“ zu realisieren sind und daß die Verwirklichung von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für die einen mit Unsicherheit und für die anderen mit Ungerechtigkeit verbunden sein kann. Die Möglichkeiten, diese Entscheidungszwänge durch virtuose Gestaltung zu camouflieren, sind begrenzt.

Ein Beispiel hierfür war die Riester-Rente. Sie wurde von der Re-



Hans-Hagen Härtel

Mut zur Verantwortung

gierung als Innovation präsentiert, die es der aktiven Generation ermöglicht, ihre Sozialversicherungsrenten aufzustocken. Dabei blieb unerwähnt, daß es die Möglichkeit der individuellen Vorsorge schon immer gab und daß die Einführung der Riester-Rente durch die Einbeziehung der Beiträge in die Rentenformel eine Absenkung des Sozialversicherungsrentenniveaus nach sich zieht. Dieser Abschlag trat an die Stelle der Blümschen demografischen Komponente, die die rot-grüne Koalition im Jahre 1998 abgeschafft hatte. Im Kern hat die gegenwärtige Regierungskoalition mit der Riester-Rente staatliche Alterssicherung durch private Vorsorge ersetzt und sich damit eines der neoliberalen Rezepte zu eigen gemacht, die sie sonst so vehement zu bekämpfen pflegt.

Gemessen an der bisherigen Praxis bedeutet die jüngste Regierungserklärung in der Tat einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel. Der Kanzler hat sie unter das Motto „Mut zur Veränderung“ gestellt, mit dem er die Öffentlichkeit und seine Anhänger auf seine Politik einzuschwören versucht. Die Regierungserklärung steht indessen auch unter dem latenten Motto „Mut zur Verantwortung“,

mit dem sich der Kanzler von seiner Moderatorenrolle verabschiedet und die Statur des klassischen Regierungschefs und Führers der Mehrheitspartei annimmt, der klar und schonungslos die Richtung beschreibt, in die er Regierung und Parlament führen will.

In den Stellungnahmen zur Regierungserklärung wurde zu Recht kritisiert, daß das Programm nicht ehrgeizig genug und in vielen Bereichen – etwa bei der Öffnung der Flächentarifverträge für Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene – durch zu starke Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften geprägt sei. Man darf aber nicht übersehen, daß darin zwei Einschnitte enthalten sind, die den Kern des traditionellen sozialdemokratischen Selbstverständnisses berühren, nämlich die Verkürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld und die Reduktion der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe. Die Größe dieses Schrittes läßt sich auch daran ermessen, daß mit der Verkürzung der Bezugsdauer „Errungenschaften“ der Vorgängerregierung kassiert werden. Da die Kürzungen von Arbeitslosengeld und -hilfe vielfach schwer vermittelbare Erwerbslose betreffen, müssen sie von breiten Initiativen zur Verbesserung der Einstellungschancen begleitet sein.

Für die Wirkung der Kanzlerrede wird vor allem bedeutsam sein, ob die Regierung ihre eigenen Anhänger überzeugen kann. Die Widerstände sind keineswegs zu unterschätzen, weil – wie Umfragen vor der Rede zeigen – die Mehrheit in der Bevölkerung Einschränkungen der Sozialleistungen ablehnt. Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt wird sich überdies – wie die Beispiele anderer Länder belegen – nur langsam einstellen, zumal auch die von den Kürzungen betroffenen Anspruch auf Vertrauensschutz haben.